

Parlamentarischer Vorstoss

2020/326

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Rettung von auf den griechischen Inseln gestrandeten Flüchtlingen
Urheber/in:	Simone Abt
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Ackermann, Agostini, Bammatter, Bänziger Keel, Boerlin, Candreia-Hemmi, Cucè, Eichenberger, Franke, Grazioli, Groelly, Hartmann, Jaun, Kaufmann Urs, Kirchmayr Jan, Kirchmayr-Gosteli, Kirchmayr Klaus, Koller, Krebs, Locher, Maag-Streit, Mikeler, Noack, Roth, Schürch, Stokar, Strüby-Schaub, Von Sury D'Aspremont, Waldner, Winter, Würth, Wyss, Zeller
Eingereicht am:	25. Juni 2020
Dringlichkeit:	Als dringlich eingereicht

Anfangs März prangte auf der Titelseite einer unserer Tageszeitungen die Schlagzeile «Die Festung Europa hält stand»...

Nach der Öffnung der türkisch-griechischen Grenze für Flüchtlinge ist die Lage auf den griechischen Inseln, insbesondere auf Lesbos und Samos, eskaliert. Bis zu 80'000 Menschen sind auf dem Weg an die EU-Aussengrenze in Griechenland. Die EU reagierte mit einer Aufstockung des Frontex-Personals. Die griechische Küstenwache schoss auf Menschen, die in Booten die Küste zu erreichen versuchten. Die Situation eskalierte.

Seither ist die Corona-Krise um die Welt gezogen. Die Flüchtlinge in Griechenland sind einer grassierenden ansteckenden Krankheit noch viel mehr ausgeliefert als diejenigen, welche ein Dach über dem Kopf haben und sich zuhause in Sicherheit fühlen können. Durch die Pandemie ist ihre Situation noch prekärer geworden.

Die Chance, dass die europäischen Länder in angemessener Frist einen Verteilschlüssel finden, um geflüchtete Menschen auf die Länder zu verteilen, ist verschwindend klein. Griechenland allein ist der gigantischen Herausforderung verständlicherweise nicht gewachsen. Die Situation ist eine absolute humanitäre Katastrophe und der Geschichte des europäischen Kontinents nicht würdig. Die Schweiz muss daher zusammen mit anderen willigen Staaten handeln, um den Menschen auf der Flucht ihr Recht auf Asyl zu gewährleisten. Wir haben die finanziellen Mittel und die benötigte Infrastruktur, um mehr Menschen in die Schweiz zu holen.

Auf Bundesebene sind bereits Anstrengungen zur Linderung der Not in Gang gekommen: die Schweiz hat einige geflüchtete Jugendliche aufgenommen, ein Vorstoss der staatspolitischen Kommission des Nationalrats wurde vom Nationalrat überwiesen und steht zur Behandlung im

Ständerat an. Doch noch immer ist der Handlungsbedarf riesig – Unterstützung aus den Kantonen bestärkt den Bund in der eingeschlagenen Richtung.

Der Regierungsrat wird aufgefordert,

einerseits im Rahmen der Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren, aber auch im Kontakt mit den zuständigen Stellen des Bundes darauf hinzuwirken, dass der Bund die Kapazitäten der Asylzentren des Bundes wie auch der Kantone vollständig auslastet, um möglichst vielen Menschen das Überleben zu ermöglichen. Dazu soll der Bund Flüchtlinge von den griechischen Inseln direkt in die Schweiz holen, um ihnen hier ein ordentliches Asylverfahren gewährleisten zu können.

Möglicherweise ist eine entsprechende Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft oder eine gemeinsame Initiative mehrerer Kantone das geeignete Mittel, um dem Bund die Betroffenheit der Kantone und ihre Bereitschaft, Menschen in grosser Not aufzunehmen, zu signalisieren. Der Regierungsrat ist gebeten, sich entsprechend mit den Regierungen in anderen Kantonen auszutauschen und ein gemeinsames Vorgehen zu prüfen.